

Kein Plan für das Wenckebach-Klinikum Steht ganz Vivantes auf dem Spiel?

Vor einem Jahr, nur der Anfang in Berlin...

Die Halbierung des Wenckebach-Klinikums mit der Verlagerung der Rettungsstelle, der Intensivstation, des Labors und weiteren Stationen ins Auguste-Viktoria-Klinikum war der 1. Schritt der Zerschlagung. Vivantes versprach, dass auf dem Gelände ein Ausbildungscampus für verschiedene Gesundheitsberufe, insbesondere Pflegeberufe, gebaut werden sollte. Dies wurde vom Senat begrüßt. Vivantes bot weitere Möglichkeiten



der Gesundheitsversorgung am Wenckebach-Klinikum an, unter der Voraussetzung, dass sich jemand für die Finanzierung finde. Der Ruf der Bevölkerung nach Wiedereinrichtung einer Rettungsstelle wurde abgewiesen, eine Notanlaufstelle nur für die Psychiatrie neu eingerichtet – wohl ein Erfolg unserer Initiative?

Leere Versprechungen

Gleich zu Beginn der Amtszeit der neuen Gesundheitssenatorin Ina Czyborra (SPD) wandte sich die Initiative ‚Wenckebach-Krankenhaus muss bleiben‘ an die Senatorin mit der Forderung nach Wiederherstellung des Wenckebach-Klinikums als stationäre Versorgung. Dazu hat Ina Czyborra keinen Plan, sondern pries in ihrer Antwort den Bildungscampus als „Leuchtturmprojekt“ an und das Auguste-Viktoria-Klinikum vermeintlich als eine „potenzielle Verbesserung der Versorgungsqualität durch die Konzentration der Versorgung an einem Standort“. Doch die Arbeitsbedingungen verbessern sich dort nicht, viele erfahrene Beschäftigte sind gegangen. Der Vivantes Regionalgeschäftsführer wird trotz Umbauprozess zum Jahresende „neue Herausforderungen“ suchen.

Nicht einmal 4 Wochen nach Czyborras Antwortschreiben an die Initiative erfährt die Öffentlichkeit aus der Presse, dass kein Geld im Haushaltsentwurf für den Ausbildungscampus mit den 3500 Plätzen vorhanden sei.

Schleichendes Sterben

Die 3 Stationen der Psychiatrie sowie ihrer Tageskliniken und die Altersmedizin können noch ein paar Jahre am Standort weiterarbeiten. Die Personalnot jedoch ist unerträglich, Stellen können kaum besetzt werden, Betten sind gesperrt. Das Hospiz dagegen soll dauerhaft bleiben. Vorübergehend ist in eine der freigezogenen Etagen Kurzzeitpflege eingerichtet worden. Weite Gebäudeteile stehen heute immer noch leer, sie dienen bestenfalls als Kulisse für Fernsehfilme. Die von Vivantes in Auftrag gegebene Gesundheits-Bedarfsanalyse für Tempelhof ist noch immer nicht veröffentlicht, sie soll „demnächst“ vorliegen, konnte man am 19.10.2023 aus dem Abgeordnetenhaus hören. Dort hat man auch noch „haufenweise“ Fragen zu den Vivantes Plänen bzgl. des Ausbildungscampus.

Privatisierung statt Sicherstellung ambulanter Versorgung

In Tempelhof werden in den nächsten Jahren 25% der Hausarztpraxen altersbedingt ohne Nachfolger schließen. Die Verbände der niedergelassenen Haus- und Fachärzte laufen bereits mit Protesten Sturm gegen den „Praxen-Kollaps“ und Lauterbachs Pläne. Im Abgeordnetenhaus propagiert man wohlklingend immer noch die „Etablierung eines Integrierten Gesundheitszentrums“ auf dem Wenckebach-Gelände, das „ambulante Versorgung mit Sozialberatung und Therapieangeboten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes zusammenbringt“. Nicht erwähnt wird, dass im Gesundheitsamt Tempelhof-Schöneberg ca. ein Drittel der Planstellen nicht besetzt sind, besonders Ärzte fehlen. Wollen sie nicht sehen, dass es aus dem Hause Lauterbach auch für die ambulante Versorgung kein funktionierendes Konzept gibt?

Die Wenckebach - Initiative warnte die Senatorin vor unkontrollierter Ausbreitung investorengeführter Ambulanzen - die Medizinischen Versorgungszentren -, die bundesweit vermehrt von großen Kapitalanlagegesellschaften aufgekauft werden. Die Strukturumwandlung vom Krankenhaus zum Versorgungszentrum zieht sich nach Erfahrungen in anderen Bundesländern so lange hin bis schließlich private Träger zugreifen. Ein ambulantes Gesundheitszentrum muss in kommunaler Hand bleiben statt Rendite abzuwerfen!

Krankenhaus-Schließungswelle bundesweit rollt – und Vivantes?

Minister Karl Lauterbach und die Länder sind nicht in der Lage, eine Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Zynisch verkündete Lauterbach selbst öffentlich: „Wir stehen am Vorabend eines Krankenhaussterbens“⁷.

74 Krankenhäuser sind deutschlandweit von Insolvenz und Schließung bedroht, insbesondere kleine und kommunale Kliniken. 57 wurden seit 1.1.2020 zugemacht, sie haben das nicht selbst zu verantworten, denn dieser Kahlschlag ist politisch gewollt! Die „Reform“-vorschläge aus dem Gesundheitsministerium bieten keine Lösungen. Die „Revolution“ von Lauterbach soll real nichts kosten, nur das vorhandene Geld hin und herschieben. Die Tendenz geht hin zur Zersplitterung und Zerschlagung sämtlicher öffentlicher Krankenhäuser. Die Lauterbach-Pläne verschärfen die Insolvenzen der Kliniken drastisch, sie sind ein von ihm erwünschtes Instrument für Klinikschließungen und -übernahmen durch private Träger, die auf Kosten der Krankenkassen und des Personals Renditen abziehen. Die Klage privater Klinikträger gegen den Berliner Senat wegen der (angeblichen) Bevorzugung mit öffentlichen Geldern für Vivantes wird den Druck Richtung Privatisierung noch aufbauen.

Gesundheitssenatorin Czyborra setzt diese Politik um: „Wir haben ja vor uns eine größere Krankenhausfinanzierungsreform (...) gerade in Hinblick darauf müssen die Häuser von Vivantes weiterentwickelt werden.“ Auf die Unternehmensführung, die Beschäftigten und die Gesundheitsverwaltung würden große Herausforderungen zukommen, wird sie in der Berliner Zeitung (19.10.2023) zitiert. Zynischer geht es kaum. Die Herausforderungen sind vor allem für die Beschäftigten sehr groß.

Vivantes als Teil des öffentlichen Gesundheitswesens verteidigen!

Wir brauchen die Initiative zur Verteidigung von Vivantes als kommunales Krankenhaus und den Kampf gegen den schleichenden Prozess der Zerstörung inklusive sämtlicher Tochtergesellschaften!

Überall baut sich in diesen Wochen mehr und mehr Widerstand gegen die Streichungsorgien im Berliner Haushalt 2023/24 auf, die den Sozial- und Gesundheitsbereich vor den Zusammenbruch stellen; nicht nur im Gesundheitsbereich, auch bei der Bildung, in Kitas, in der Jugendhilfe, gegen die Aktienrente, für bezahlbares Wohnen. Die Menschen gehen auf die Straße, weil sie ihre Zukunft bedroht sehen.

Anlässlich der Haushaltsverabschiedung im Bund und im Land Berlin schließen wir uns dem Aufruf der Initiative „Nein zum Krieg – Die Waffen nieder“ zur Großdemonstration in Berlin an.

Aus dem Aufruf der Initiative: „...Mit 85,5 Milliarden Euro sind die Militärausgaben 2024 die größten seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Gesundheitswesen, die Infrastruktur, Unterstützung für Kinder und bezahlbare Mieten, Bildung, Wissenschaft und Ausbildung sind dagegen durch dramatische Mittelkürzungen bedroht. Für immer mehr Menschen zeichnet sich eine soziale und ökonomische Katastrophe ab... Wir wollen eine soziale, ökologische und demokratische Bundesrepublik Deutschland als Teil einer gerechten Weltordnung ohne Krieg, Hunger und Ausbeutung. Es ist Zeit, dass wir Bürgerinnen und Bürger uns wieder stärker in die politischen Auseinandersetzungen einmischen. **Deshalb rufen wir auf, am 25.11. – am Samstag vor der Verabschiedung des Bundeshaushaltes – gemeinsam für Frieden und Abrüstung, Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine und Friedensverhandlungen zu demonstrieren.**“

nie-wieder-krieg.org/

Demonstration am 25.11.2023 Beginn 13 Uhr am Brandenburger Tor (Westseite)

Für einen Stopp der Waffenlieferungen - Für Waffenstillstand sofort

Für die Initiative Wenckebach-Klinikum: Charlotte Rutz-Sperling; PAK-Gesundheit@t-online.de